

LANDTAGS NACHRICHTEN

24. Mai

4 / 2012

www.landtag-mv.de



**Tag der offenen Tür
im Landtag**

Sonntag, 10. Juni, 10 bis 17 Uhr

+++ Plenardebatte zur Volksinitiative „Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in M-V“ +++ Aktuelle Stunde zum umstrittenen Betreuungsgeld +++ Schlossgespräch zur Bewerbung des Residenzensembles Schwerin um Aufnahme in die deutsche Welterbe-Vorschlagsliste +++ Jugendprojekttag im Landtag „Alles egal – oder hast du die Wahl?“



3	GASTKOLUMNE	„Auf einem guten Weg“ Kommentar von Bert Schüttpelz, Schweriner Volkszeitung, zu den Plänen, das Residenzensemble Schwerin mit dem Schloss für die UNESCO-Welterbeliste zu nominieren
4 – 17	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Frühkindliche Bildung stärken – Fernhalteprämie stoppen“
6 – 9	BERICHTE	
6		Verpachtungspraxis landeseigener landwirtschaftlicher Flächen überprüfen
7		Arm trotz Arbeit – Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge
8		Veranstaltungen der Bundeswehr an Schulen
9	WEITERE BESCHLÜSSE	Digitalradio-Staatsvertrag Entschließung zur Umsetzung der Beschlüsse des Parlamentsforums Südliche Ostsee Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen Teilentwidmung des Rostocker Hafens Aufhebung der Immunität des NPD-Abgeordneten David Petereit
10 – 17	ORIGINAL-DEBATTE	Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“
18 – 19	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Agrarausschuss besichtigt Geflügelhaltungsbetriebe Anhörungen zum Doppelhaushalt im Innen- und im Energieausschuss
20 – 22	PANORAMA	Schweriner Schlossgespräch: „Residenzensemble Schwerin – Kulturlandschaft des romantischen Historismus“ Vortrag von Dr. Christian Ottersbach, Kunsthistoriker, zur Bewerbung um Aufnahme in die deutsche Welterbe-Vorschlagsliste Jugendprojekttag im Landtag „Alles egal – oder hast du die Wahl?“
23	SCHLOSSGESCHICHTEN	Nutzung des Schlosses nach dem Schlossbrand von 1913 – „Regierungsgebäude V“ und Museum
Titelfoto (Cornelius Kettler), Schloss Schwerin, Niklothalle am Tag der offenen Tür		

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Auf einem guten Weg

Kulturelles Erbe wird nur dann erhalten, geachtet und gepflegt, wenn es auch von den Menschen angenommen wird. Genau darin liegt die Chance für das Schweriner Schloss und das historistische Residenz-Ensemble bei seiner Bewerbung für die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes: Es ist ein lebendiges Zeugnis für Architekturgeschichte und Gartenkunst, für kreativen Umgang mit historischer Kultur und Landschaftsgestaltung.

„ Kulturelles Erbe wird nur dann erhalten, geachtet und gepflegt, wenn es auch von den Menschen angenommen wird. „

Indes: Diese Auffassung ist keineswegs selbstverständlich. Noch immer ist die Meinung erstaunlich weit verbreitet, dass Denkmalschutz zugleich weitgehende Tabuisierung bedeutet. So kommt denn die eindeutige Botschaft von Ministerpräsident Erwin Sellering zur rechten Zeit, dass sowohl Land als auch Landeshauptstadt mit ihrem UNESCO-Antrag das Verständnis von einem lebendigen Erbe verbinden. Natürlich soll das Schloss auch weiterhin als Sitz des Landtages genutzt werden und das Schlossmuseum öffentlich zugänglich sein und Zeugnis von Kulturgeschichte geben. Ein potenzieller Welterbestatus schließt weder die Schlossfestspiele auf dem Alten Garten aus noch Konzerte im Schlossgarten, weder Theater im Schlossinnenhof noch Musik im Burggarten. Und das ist gut so. Man weiß nur das zu schätzen und zu schützen, was man kennt und liebt. Und mal ganz abgesehen davon: Der UNESCO-Status geht über die längst geltenden Denkmalschutzbestimmungen gar nicht hinaus. Nur dass die Verantwortlichen in Stadt und Land angehalten werden, bei Entscheidungen, die das Umfeld des Residenzensembles tangieren, das große Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren.

Die UNESCO-Bewerbung ist dennoch sinnvoll und bringt viele Vorteile. Das betrifft keineswegs nur die touristische Magnetwirkung, die bereits vom Antragsverfahren ausgeht. Denn zunächst ist es doch so, dass die Einzigartigkeit, Geschlossenheit und Authentizität des Ensembles selbst Kennern der Materie in dieser Dimension kaum bewusst war. Das Residenzensemble des Historismus umfasst neben dem Residenzschloss der Großherzöge von Mecklenburg auch die besonders wertvollen Gartenanlagen, den mit



Bert Schüttpelz ist Redakteur der Schweriner Volkszeitung und arbeitet in der Redaktion für die Landeshauptstadt. Er hat die Schweriner Bemühungen um Aufnahme des Schloss-Ensembles in die Welterbeliste der UNESCO seit der Präsentation dieser Idee durch den Verein Pro Schwerin vor gut zehn Jahren journalistisch begleitet und verfügt über umfangreiches Wissen über die Spezialorganisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Bauwerken dieser Epoche geschlossenen Platz Alter Garten, der eingefasst wird von Theater, Museum und Kollegiengebäude, sowie die zahlreichen angrenzenden und original erhaltenen Gebäude wie Kulissenhaus und Maschinenhaus des Hoftheaters, Direktorenvilla des Museums, Marstall und Pferdekrankenstation, großherzoglicher Dampfwäscherei und Bettenkammer, Jägerhof mit Torhäusern, Artilleriekasernen und Offizierscasino. Und das alles harmonisch eingebunden in die wasserreiche Endmoränenlandschaft. Hinzu zählt Gutachter Dr. Christian Ottersbach noch die landschaftsgärtnerische Anlage Kaninchenwerder und vier Enklaven in der Pufferzone mit direktem Bezug zur Residenz: Dom und Schelfkirche als Grablege der Herzöge sowie Paulskirche und Neustädtisches Palais als historistische Bauwerke mit direktem Bezug zum Fürstenhaus.

Was mir aber am meisten gefällt an dieser Aufzählung ist indes nicht die üppige Zahl historisch wertvoller Gebäude und Parks, sondern dass sie alle genutzt werden. So funktioniert Erbpflege. Stadt und Land sind auf einem guten Weg.

Bert Schüttpelz

Schlossgespräch

Der Kunsthistoriker Dr. Christian Ottersbach hat am 18. April bei einem Schlossgespräch des Landtages sein Gutachten „Der außergewöhnliche universelle Wert des Residenzensembles Schwerin – Voraussetzung für die Aufnahme in die deutsche Vorschlagsliste für die Welterbeliste der UNESCO (Tentativliste)“ vorgestellt. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 20 und 21.

Debatte zum Betreuungsgeld

Aktuelle Stunde zu „Fernhalteprämie“ und frühkindlicher Bildung

Die bundesweite Debatte um die Betreuung von Kleinkindern und die Einführung des umstrittenen Betreuungsgeldes wurde am 25. April im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern fortgesetzt. Auf Antrag der SPD war das Thema „Frühkindliche Bildung stärken – Fernhalteprämie stoppen“ Gegenstand der Aktuellen Stunde. Koalitionspartner CDU warb für die Möglichkeit, auch die Erziehungsleistung der Eltern anzuerkennen. Abgeordnete der Opposition warfen der SPD vor, mit dem Thema Wahlkampf auf Kosten der Kinder zu machen. Zudem kritisierten sie die Pläne des Bundes, das Betreuungsgeld auf Hartz-IV-Leistungen anrechnen zu wollen.

Fotos: Uwe Balewski



Die SPD erneuerte ihre Generalkritik an dem Vorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung. Statt Mütter, die ihre Kleinkinder zu Hause erziehen, finanziell zu unterstützen, wolle seine Partei dieses Geld lieber in den Ausbau der Kitas stecken, sagte **Jörg Heydorn** (SPD). Er erinnerte an das Ziel, ab 2013 einen Betreuungsplatz für alle Kinder unter drei Jahren anzubieten. „Davon sind wir Legionen entfernt“, kritisierte er. Zurzeit würden noch 230.000 Krippenplätze fehlen. Es sei auch falsch, das Betreuungsgeld auf Hartz IV anzurechnen. Gerade sozial schwache Familien sollten in die Lage versetzt werden, ihre Kinder in Einrichtungen betreuen zu lassen. „Ich kann nur darum bitten, dass wir aus Mecklenburg-Vorpommern das nicht mitmachen und ein klares Signal von uns nach Berlin geht, dass wir einen solchen Unfug nicht unterstützen“, betonte der Abgeordnete.



Die Linke machte deutlich, dass sie die Pläne des Bundes grundsätzlich nicht für richtig hält. „Wir lehnen das Betreuungsgeld aus familien-, bildungs- und kinderpolitischen Gründen ab“, betonte Fraktionschef **Helmut Holter**. Er kritisierte, dass die SPD einen von ihr initiierten Antrag zum Betreuungsgeld zurück-

gezogen und das Thema stattdessen zum Gegenstand der Aktuellen Stunde gemacht habe. Der SPD sei es nur darum gegangen, sich gegen ihren Koalitionspartner CDU zu profilieren. Beim Ausbau der Kinderbetreuung herrsche jedoch weitgehend Einigkeit. Da habe sich bei den demokratischen Fraktionen die Erkenntnis durchgesetzt, „dass Kinderbetreuung in Kindereinrichtungen für die frühkindliche Bildung, für die Entwicklung der Kinder sehr gut ist“. Das Angebot müsse sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgebaut werden.



Der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz** verwies auf die Erfolge der Koalition in M-V im Bereich der frühkindlichen Bildung. Er nannte einen besseren Betreuungsschlüssel in den Kitas, das kostenlose Mittagessen und die Absenkung der Kita-Beiträge um 100 Euro als Beispiele. Er räumte aber ein, dass

der Rechtsanspruch auf Betreuung bis zum 3. Lebensjahr nicht wie erwartet umgesetzt werden wird. Deutschlandweit sollte bis zum kommenden Jahr für etwa jedes dritte Kleinkind ein Platz zur Verfügung stehen. „Wir werden diese Zielmarke im Jahr 2013 nicht erreichen“, sagte er. Bislang seien erst 25,2 Prozent geschafft. Mecklenburg-Vorpommern liege allerdings mit 51,7 Prozent weit über der Vorgabe. Für den Ausbau der Betreuungseinrichtungen sind Renz zufolge bundesweit 1,4 Milliarden Euro – und damit erst 64 Prozent der bereitgestellten Mittel – abgerufen worden.



Die Grünen-Abgeordnete **Silke Gajek** bedauerte, dass mit der Debatte um ein bundespolitisches Thema im Landtag die Chance vertan worden sei, „auf wichtige landespolitische Probleme einzugehen“. Die Bündnisgrünen haben ihren Worten nach das Betreuungsgeld von Anfang an abgelehnt.

„Es ist bildungspolitisch widersinnig und geschlechtspolitisch fatal. Es mindert laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung die Bildungschancen von Kindern, vor allem aus sozial schwachen Familien. Es macht volkswirtschaftlich keinen Sinn“, sagte sie. Im Land hätten zwar bereits knapp 60 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz, aber es müsse die Qualität der Betreuung verbessert werden. „Und nebenbei, wer aktuell ... zum Beispiel in der Stadt Schwerin einen Krippenplatz sucht, ... hat, Statistik hin oder her, keine guten Karten.“

Fotos: Uwe Balewski



Sozialministerin **Manuela Schwesig** untermauerte ihre Kritik an dem Betreuungsgeld von 150 Euro im Monat und forderte den Einsatz dieser Mittel für den Ausbau der Kitas. „Wir brauchen jeden Euro zur Stärkung der frühkindlichen Bildung“, sagte die Ministerin. Sie widersprach Bundeskanzlerin Angela Merkel, nach deren Angaben 40 Prozent der Eltern ihre Kleinkinder in Kitas bringen wollten. Der Anteil liege bei 60 bis 70 Prozent, dafür reichten die angebotenen Plätze aber längst nicht aus. „Im Wahlkreis der Kanzlerin fordert man auch 24-Stunden-Kitas, nicht das Betreuungsgeld. Das ist die Realität“, sagte Schwesig. Mit den Zahlungen an die Eltern würden vor allem Frauen vom Arbeitsmarkt und Kinder von Bildungsangeboten in den Kitas ferngehalten. Dies sei keine bundespolitische, „sondern eine knallharte Realitätsdebatte hier in Mecklenburg-Vorpommern“, sagte die Ministerin.



Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** bezeichnete die Debatte als „Schmierentheater“ und „schallende Ohrfeige für alle Eltern, die ihre Aufgabe ernst nehmen“. Die Eltern würden entrechtet. Das Betreuungsgeld sei ein Schritt in die richtige Richtung, „ein Schritt zu mehr Wahlfreiheit“. Es sei

aber viel zu niedrig. Jene Eltern, die sich entscheiden, ihr Kind zu Hause zu betreuen, müssten dies von dem Geld letztendlich auch finanzieren können. „Wer aber Betreuungsgeld als Herdprämie bezeichnet, der diskriminiert jene Eltern, die sich für die Betreuung der Kinder von zu Hause aus entscheiden“, sagte Köster. Er warf der Sozialministerin vor, die Kinder den Eltern entfremden zu wollen. Die Koalition sei nicht an einer Familienpolitik interessiert.



Das Betreuungsgeld dient nach Auffassung der SPD-Abgeordneten **Martina Tegtmeier** dazu, „nicht nur die Kinder von frühkindlicher Bildung fernzuhalten, sondern natürlich auch die Frauen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten.“ Ein Blick in die alten Bundesländer zeige, dass Frauen umso geringere

Chancen haben, in ihren Ausbildungsberuf zurückzukehren, je länger sie vom Arbeitsmarkt weg, also je länger sie mit ih-

ren Kindern zu Hause waren. Überall dort, wo es genügend Betreuungsangebote gibt, sei auch die Geburtenrate höher. „Wir brauchen ein Betreuungsgeld nicht! Wir brauchen verlässliche Kinderbetreuung! Wir brauchen die frühkindliche Bildung!“, sagte die Parlamentarierin. Sie forderte eine höhere „Beteiligungsquote“ von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.



Das Betreuungsgeld „oder auch Herdprämie“ sei ein bundes- und kein landespolitisches Thema, kritisierte **Jacqueline Bernhardt** (Die LINKE). Sie bezeichnete es als „Ausweichmanöver, eine Notlösung, um das Gesicht wahren zu können, wenn 2013 dann der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz greift, dann kann nämlich gesagt werden: Seht her, es gibt gar keinen weiteren Bedarf an Krippenplätzen“. Die Linke lehne das Betreuungsgeld genauso ab wie die SPD. Wichtiger sei es jedoch, im Landtag Probleme bei der frühkindlichen Bildung anzusprechen. So fehlten beispielsweise Fachkräfte in den Kitas. Der Betreuungsschlüssel – also die Fachkraft-Kind-Relation – müsse weiter verbessert werden. „Doch dafür sind Sie zu knausrig“, warf sie den Regierungsfractionen vor.



Beate Schlupp (CDU) warnte vor einer Diffamierung von Eltern, die für ihre Kinder bewusst zu Hause bleiben wollten. „Den Eltern, die ihre Kinder verantwortungsvoll zu Hause erziehen wollen, werden Begriffe wie Herd- oder Fernhalteprämie nicht gerecht“, betonte sie. Es gibt „ganz individuelle und aus

meiner Sicht auch vernünftige Gründe ... , warum sich Eltern ganz bewusst für die häusliche Betreuung ihrer Kinder bis zum dritten Lebensjahr ... entscheiden.“ Das habe sie auch getan, als bei ihrer Tochter im Säuglingsalter eine schwere Erkrankung festgestellt wurde. Sie habe damals ihr Studium abgebrochen, um beide Kinder zu Hause zu betreuen. Die Aufgabe hätte eine Kita nicht übernehmen können. Das würde sie jederzeit wieder tun, betonte sie. Der Staat sollte diese Erziehungsleistungen unterstützen.

Den Wortlaut ...

... der Debatte in der Aktuellen Stunde finden Sie auf der Internetseite des Landtages unter www.landtag-mv.de (Mediathek/ Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle).

Kriterien für Landvergabe überprüfen

Mehrheit im Landtag stimmte Koalitionsantrag zu

Die Landesregierung soll bis Ende Oktober die Kriterien für die Verpachtung landwirtschaftlicher Nutzflächen überprüfen. Die derzeitigen Vergabekriterien seien bereits im Jahr 2002 festgelegt worden, hieß es zur Begründung des Antrages, den die Koalitionsfraktionen SPD und CDU am 25. April in den Landtag einbrachten. Der Klimawandel, der Ausbau regenerativer Energien und der Bevölkerungsrückgang seien neue Herausforderungen, die bei der Verpachtung landeseigener Flächen künftig stärker berücksichtigt werden müssten. Ziel solle es sein, die Veredlungswirtschaft zu stärken, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu fördern.

Nach Meinung von **Heino Schütt** (CDU) hat die bisherige Vergabepaxis zu Fehlentwicklungen geführt. Die Unternehmen müssten zum Teil ihre Produktion umstellen, um die Betriebe weiter bewirtschaften zu können. So hätten Marktfruchtbetriebe in die Tierhaltung investiert, ohne dafür das notwendige Know-how zu besitzen, führte er als Beispiel an. Zudem werde die Einhaltung der Verträge nur mangelhaft kontrolliert oder die Vergabe von Land politisch beeinflusst. Das rufe den Unmut der Landwirte hervor. Deshalb müsse die Vergabepaxis dringend überprüft werden. Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** wies die Kritik zurück. Von den insgesamt rund 81.000 Hektar landeseigener Nutzfläche sei der Großteil wieder an die Landwirtschaftsbetriebe verpachtet worden, die den Boden zuvor bewirtschaftet haben. Nur knapp 7.000 Hektar seien neu ausgeschrieben worden. Diese seien von reinen Marktfruchtunternehmen betrieben worden – ohne Tierhaltung und ohne Veredlung. Insgesamt wurden Backhaus zufolge pro 100 Hektar verpachteter Fläche fast eine Million Euro investiert. Diese Summe hätten die Landwirte nicht aufgebracht, wenn sie stattdessen den Boden hätten kaufen müssen. Die langfristige Verpachtung landwirtschaftlicher Nutzflächen habe auch weiterhin Vorrang vor dem Verkauf, „um Arbeit zu schaffen und die ländlichen Räume weiterzuentwickeln“, sagte der Minister.

Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE) wies ebenfalls die Kritik an der Landgesellschaft, die für die Durchsetzung der Vergabekriterien zuständig ist, zurück. Er räumte ein, dass sich die Mehrzahl der Betriebe aus ökonomischen Gründen für den Getreide- und Rapsanbau entschieden habe. „Auf der Strecke blieben dabei Veredlungsbereiche, wie zum Beispiel die Schweinehaltung, und arbeitsintensive Kulturen im Pflanzenbau und bei der Gemüseproduktion, aber auch die Kartoffelproduktion“, sagte er. Der Agrarausschuss habe im Jahr 2000 die Bedingungen erarbeitet, nach denen die Landgesellschaft die Flächen vergibt. Das Prozedere solle im Grunde so bleiben. Dennoch hält er eine unabhängige Überprüfung der Kriterien für nötig. „Neue Kriterien müssen



Foto: Jens Büttner

kontrollierbar sein und dürfen die eigentliche Aufgabe des Landwirtes, nämlich die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, nicht infrage stellen oder behindern“, forderte er.

Mit dem Beschluss aus dem Jahr 2000 sollte unter anderem der Viehbestand wieder erhöht und die Gemüse- und Obstproduktion weiter ausgebaut werden, erinnerte **Thomas Krüger** (SPD). Insgesamt sollten mehr landwirtschaftliche Unternehmen mit arbeitsintensivem Produktionsprofil entstehen. Zwölf Jahre später sei es an der Zeit, zu überprüfen, ob die Vergabekriterien die beabsichtigten Ziele auch erreicht haben. Dabei sei zu berücksichtigen, dass das Land nur über rund sechs Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfüge. Eine umfassende Strukturpolitik sei daher nicht möglich.

Dr. Ursula Karlowski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) forderte eine Kopplung der Verpachtung landeseigener Flächen an ökologische Kriterien. Eine einseitige Fokussierung auf die Steigerung des Tierbestandes im Land habe zur Ansiedlung einer Vielzahl von industriellen Tierhaltungsbetrieben geführt. Dies sei fragwürdig. „Wir möchten stattdessen wieder mehr Tiere auf der Weide sehen, Betriebe, in denen Rinder das Gras unseres grünen Landes in Milch und Fleisch umwandeln. Das sind Veredlungsbetriebe im Sinne des Wortes Veredlung.“

„Uns ging es mit dem Antrag nicht darum, für den Verkauf landeseigener Flächen zu werben“, stellte **Beate Schlupp** (CDU) klar. Sie sprach sich dafür aus, bei der Vergabe der Flächen künftig den bürokratischen Aufwand zu senken. Die Einhaltung von Investitionsverpflichtungen müsse strenger als bisher überprüft werden. „Gleichzeitig kann sich meine Fraktion vorstellen, dass die Vergabe in Zukunft durch eine unabhängige Vergabekommission erfolgen könnte, um Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Gerechtigkeit bei der Vergabe von Flächen zu sichern.“

Der Antrag der Koalition wurde bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Ein Änderungsantrag der Grünen fand keine Zustimmung.

Antrag der SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/574
 Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Drucksache 6/689

Linke kritisiert Billigjobs

Koalitionsmehrheit lehnt Antrag ab

Die Linke kritisiert eine zunehmende Zahl von Billigjobs im Land. Die Leiharbeit habe in Mecklenburg-Vorpommern seit 2007 um etwa ein Drittel zugenommen, und durch sogenannte Werkverträge würden Tarifvereinbarungen unterlaufen, heißt es in einem Antrag der Fraktion, den der Landtag am 26. April debattierte.

„Statt Tariflöhne werden Hungerlöhne gezahlt“, bemängelte der Linke-Abgeordnete **Henning Foerster**. In vielen Fällen müsse der Staat zuzahlen, um den Arbeitnehmern den Lebensunterhalt zu sichern. Laut Foerster flossen dafür im Vorjahr im Nordosten 346 Millionen Euro. „Wir müssen jeder Entwicklung entgegentreten, die zu weiteren prekären Arbeitsverhältnissen führt“, sagte der Oppositionspolitiker. In dem Antrag wird die Landesregierung unter anderem aufgefordert, reine Zeitarbeitsplätze nicht mehr zu fördern, die Interessenverbände in der Wirtschaft stärker für die Problematik zu sensibilisieren und den Einsatz von Werkverträgen in Mecklenburg-Vorpommern bis Jahresende zu überprüfen.

Arbeitsministerin **Manuela Schwesig** räumte Regelungsbedarf zur Eindämmung schlecht bezahlter Jobs ein. „Unternehmen brauchen Flexibilität. Aber das darf kein Freibrief zu Lohndumping sein“, betonte die Ministerin. „Eine Spaltung der Belegschaften in mehr oder minder gut bezahlte Kernbelegschaften und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zweiter und dritter Klasse ist nicht vereinbar mit einer sozialen Marktwirtschaft“, betonte sie. Leiharbeit dürfe nur ein befristetes Mittel sein, und das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit müsse wieder durchgesetzt werden. Sie hoffe auf eine gemeinsame Initiative der Länder im Bundesrat. Mecklenburg-Vorpommern selbst unternehme erste Schritte. Dazu zähle die Änderung der Förderpraxis bei Unternehmensinvestitionen. Zuschüsse sollen künftig an die Zahlung von Löhnen nicht unter 8,50 Euro je Stunde gekoppelt werden. Die Forderung der Linken, im Land eigenständig die Zahl der Werkverträge zu erheben, lehnte die Ministerin ab. Dafür fehle die Grundlage, und zudem sollten die Firmen nicht mit zusätzlicher Bürokratie belastet werden.

Nach Meinung des CDU-Abgeordneten **Torsten Renz** gehören Leiharbeit und Werkverträge zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die zum spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. „Wir sollten sie nicht verteufeln, sondern uns bemühen, den Missbrauch zu verhindern“, betonte er. Renz mahnte zudem eine sachliche Diskussion an. So habe die Leiharbeit im März im Nordosten weniger als zwei Prozent der rund 511.000 Beschäftigungsverhältnisse im Nordosten ausgemacht.

Leiharbeit und Werkverträge tragen nach Ansicht der Grünen-Abgeordneten **Jutta Gerkan** nicht zur Sicherheit für die Arbeitnehmer bei. „Das häufig bemühte Argument, Leiharbeit diene zum Einstieg in dauerhafte Arbeitsverhältnisse, kann wissenschaftlich nicht untermauert werden“, sagte sie. Leiharbeiter würden nicht nur schlechter entlohnt und seltener qualifiziert, sie seien auch schneller von Arbeitslosigkeit betroffen. Zudem seien Werkverträge nicht genau definiert. „Wir haben es hier mit einer eklatanten Grauzone zu tun“, betonte sie und kündigte die Zustimmung ihrer Fraktion zum Antrag an.

Leiharbeit ersetze oft dauerhafte Arbeitsverhältnisse, kritisierte **Martina Tegtmeyer** (SPD). „Arbeit an sich ist ein Wert, den es zu schützen gilt“, unterstrich die Abgeordnete. Ihre Partei habe sich „volle Kraft“ gegen Dumpinglöhne und für gesetzliche Mindestlöhne eingesetzt. Wirtschaftswachstum müsse sich auch in der Lohntüte der Arbeitnehmer widerspiegeln. Dem Antrag der Opposition erteilte sie dennoch eine Absage. Die Forderungen seien entweder schon umgesetzt oder ließen sich nicht mit der nötigen Rechtssicherheit erfüllen.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** bezeichnete den Antrag der Linken als unausgereift. Seine Fraktion habe früher schon gefordert, Leiharbeiter spätestens nach sechs Monaten in eine Festanstellung zu übernehmen. Dennoch werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen. Er kritisierte, dass viele Menschen im Land nicht von ihrer Arbeit leben können. Oft seien die Löhne so niedrig, dass Arbeitnehmer bei Entlassung direkt in Hartz IV abrutschen. Da gehe es um die „nackte Existenz“, sagte er.

Der Antrag wurde nach der Debatte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD und CDU abgelehnt.

Drucksache 6/568



Foto: Jens Büttner

Bundeswehr in den Schulen

Grüne scheitern mit Antrag
gegen „Sonderrechte“ / Linke stimmt zu

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach sich gegen Sonderrechte aus, die ihrer Meinung nach der Bundeswehr an Schulen eingeräumt werden. In einem Antrag forderten die Grünen am 26. April die Landesregierung auf, den Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr zu kündigen, fanden dafür im Parlament aber keine Mehrheit.

„Die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit unterschiedlichen demokratischen Institutionen, Friedensorganisationen oder demokratischen Stiftungen ist für die umfassende politische Bildung wichtig. Im Moment handelt es sich um eine einseitige Bevorzugung einer Institution“, kritisierte die Grünen-Abgeordnete **Jutta Gerkan**. Ihren Angaben zufolge gibt es zunehmend Beschwerden gegen das Auftreten von Offizieren an Schulen. „Wir wollen die Bundeswehr nicht aus den Schulen raushalten“, stellte sie klar. Ihre Vertreter dürften aber ihre Auftritte vor Schülern nicht zur Werbung neuer Rekruten nutzen.

Die Landesregierung weist die Vorwürfe zurück und will nach den Worten von Bildungsminister **Mathias Brodkorb** an der separaten Kooperationsvereinbarung mit dem Militär festhalten. Für die Auftritte von Jugendoffizieren der Bundeswehr an den Schulen des Landes sehe er trotz der Kritik der Grünen keinen Änderungsbedarf. Die dazu im Sommer 2010 geschlossene Kooperationsvereinbarung bestimme klare Regeln und setze auch Grenzen. „Die Debatte mag emotional reizvoll sein, aber sie ist überflüssig“, sagte der Minister. Die Schulen könnten zudem frei entscheiden, wen sie einladen. Sie täten das mit großem Verantwortungsbewusstsein und sicherten so die Ausgewogenheit bei der Darstellung unterschiedlicher Positionen.

Auch die Redner der Fraktionen von SPD und CDU wiesen die Darstellung der Grünen entschieden zurück. **Torsten Renz** (CDU) kritisierte die Grünen scharf. „Es ist anmaßend, Bundeswehr und Lehrer zu verunglimpfen und ihnen zu unterstellen, die Schulen militärisch zu missbrauchen.“ Die Information über das Wirken der Bundeswehr sei wichtiger Bestandteil der demokratischen Meinungsbildung und unterscheide sich auch fundamental von der militärischen Drangsalierung in den Schulen der DDR. „Da gab es auf dem Schulhof Karte, Kompass und Marschbefehl“, sagte er. In Wehrlagern sei später auch der Umgang mit Gasmaske und Maschinenpistole geübt worden.

„Die Wahrnehmung der Grünen hat nichts mit der Realität in Mecklenburg-Vorpommern zu tun“, betonte der SPD-Politiker **Andreas Butzki**. Von den Lehrern werde die Kritik der Grünen nicht geteilt. Zudem müsse genau zwischen



Foto: Jens Büttner

Jugendoffizieren als Gesprächspartnern und Wehrdienstbetreibern als Werbern unterschieden werden.

Nach Ansicht der Linke-Abgeordnete **Simone Oldenburg** ist jeder Besuch eines Bundeswehrangehörigen in Uniform und mit Dienstwagen in Schulen auch Werbung für die Bundeswehr. Auch sie plädierte dafür, die Kooperationsvereinbarung aufzukündigen. Acht Bundesländer hätten dies bereits getan. „Eine Kooperation mit der Bundesanstalt für Arbeit wäre sinnvoller, um Schüler besser auf den Beruf vorzubereiten“, sagte die Parlamentarierin.

Die NPD lehnt nach den Worten ihres Abgeordneten **Tino Müller** den Antrag ab. Selbst gegen Werbung hätte seine Fraktion nichts einzuwenden. Die Armee sei wichtig, um die „nationale Souveränität nach innen“ und „vor allem nach außen“ zu wahren. Die „eingespielte Antikriegshaltung“ der Grünen nannte er verlogen.

Nach Ansicht der Grünen-Abgeordnete **Ulrike Berger** widerspricht der Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr dem „Beutelsbacher Konsens“, in dem die umfassende und gleichberechtigte politische Bildung an den Schulen durch unterschiedliche demokratische Institutionen geregelt wird. Die Bundeswehr werde bevorzugt, sagte sie. Mit Kirchen oder Friedensbewegungen etwa gebe es keine gesonderten Verträge. Entweder gebe es Verträge mit mehreren oder mit niemandem, forderte sie.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD/CDU-Koalition und der NPD abgelehnt.

Drucksache 6/562

Kooperationsvereinbarung

Am 13. Juli 2010 schlossen das Bildungsministerium M-V und das Wehrbereichskommando I Küste der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung zur weiteren Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung an Schulen. Vereinbart wurde, dass Jugendoffiziere im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik informieren. Hierbei werden alle allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I und II und beruflichen Schulen einbezogen. Ausdrücklich ist festgeschrieben, dass die Jugendoffiziere nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr werben. Die Vereinbarung beinhaltet u.a. jeweils zum Schuljahresende einen schriftlichen Bericht der Bundeswehr an das Ministerium.

www.regierung-mv.de

Weitere Beschlüsse des Landtages

NDR-Staatsvertrag zugestimmt

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 25. April dem NDR-Digitalradio-Staatsvertrag zugestimmt. Der Sender könne damit nun unter anderem zusätzlich drei Hörfunkprogramme verbreiten, hieß es zur Begründung. Das sind NDR Musik Plus, NDR Info Spezial und NDR Traffic. Dem Vertrag stimmten auch Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu.

Drucksachen 6/363 und 6/593



Immunität von NPD-Abgeordnetem aufgehoben

Der Landtag hat am 25. April die Immunität des NPD-Abgeordneten **David Peterreit** aufgehoben. Hintergrund war ein Antrag der Staatsanwaltschaft Rostock, die gegen den 31-Jährigen strafrechtlich ermitteln will. Die Fraktionen von SPD, CDU, der Linken und den Grünen stimmten dem Antrag zu, die NPD-Fraktion votierte dagegen.

Drucksache 6/551

Engere Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum

Die Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum soll noch enger werden. Der Landtag hat am 25. April den beiden jüngsten Resolutionen des Parlamentsforums Südliche Ostsee zugestimmt. Das Forum hatte zuletzt im März in Kiel getagt. An der Konferenz beteiligten sich rund 70 Mitglieder der Länderparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks aus Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie des schwedischen Regionalrates Schonen. Die Ergebnisse sollen in den Ausschüssen in die Arbeit einfließen.

Drucksache S 6/575

Linke-Antrag zu Flüchtlingen abgelehnt

Nach dem Willen der Linken sollen Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern künftig dezentral untergebracht werden. Die oftmals über Jahre andauernde Unterbringung der betroffenen Menschen in Gemeinschaftsunterkünften führe häufig zu negativen Folgen für die physische und psychische Gesundheit der Betroffenen, hieß es zur Begründung. Der Antrag, der am 26. April in den Landtag eingebracht wurde, fand keine Mehrheit. Er wurde von den Koalitionsfraktionen SPD und CDU mit der Begründung abgelehnt, dass die Landesregierung gerade eine entsprechende Richtlinie erarbeite. Bei der namentlichen Abstimmung votierten 17 der 55 Abgeordneten mit Ja, 38 mit Nein.

Drucksache 6/570



Rostocker Hafen nicht für Atomtransporte gesperrt

Ein Antrag der Grünen, den Rostocker Hafen nach dem Beispiel Bremens für Atomtransporte zu sperren, wurde am 26. April vom Plenum abgelehnt. Die Landesregierung kann nach eigenen Angaben den Transport von hoch radioaktivem Atommüll oder Brennelementen für Atomkraftwerke über die Häfen in Rostock nicht verbieten. Derlei Transporte würden durch internationale Vereinbarungen und Bundesgesetze geregelt. Die Entscheidung Bremens sei verfassungsrechtlich fragwürdig, sagten Sprecher von SPD und CDU. Klagen seien absehbar. Bislang seien keine Castoren mit hoch radioaktiven Abfällen über die Rostocker Häfen verschifft worden. Nach Angaben der Grünen werden aber alle drei Monate über Rostock unbestrahlte Brennelemente von Schweden nach Frankreich geschafft.

Drucksache 6/561



Fotos: Jens Büttner

Theatervielfalt erhalten

Landtag beriet Volksinitiative

„Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“

Der Landtag hat sich am 25. April mit der Volksinitiative zum Erhalt der Theaterlandschaft im Land befasst. Mitte Mai soll es dazu eine Öffentliche Anhörung geben. Voraussichtlich im Herbst wird dann die Landesregierung ihr Konzept für eine neue Theaterstruktur vorlegen. Mit 48.500 Unterschriften hatte die Theater-Volksinitiative dreimal mehr Unterstützer gefunden als nötig. Sie verlangt mehr Landeshilfe, um drohende Entlassungen und Spartenschließungen an den Häusern zu vermeiden. Die Volksinitiative soll nun im Bildungs- und im Finanzausschuss beraten werden. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Ingulf Donig, SPD:

„Vielfältige Kulturlandschaft bewahren“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Volksinitiative ‚Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern‘ zeigt das deutliche Interesse und Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger an Kunst und Kultur in unserem Land. Fast 51.000 Unterschriften sprechen eine klare Sprache.

Die Koalitionspartner sind sich ihrer Verantwortung bewusst und sehen dies in ihrer Koalitionsvereinbarung als einen der wichtigen Handlungsschwerpunkte. Wir sind uns einig darüber, die vielfältige Kulturlandschaft in unserem Land im Kern zu bewahren. Kultur hat für unsere Gesellschaft eine hohe Bedeutung. Kultur ist Bildung. Eingebettet in die Kulturlandschaft sind neben der Literatur, dem Filmschaffen, den Museen, den soziokulturellen Einrichtungen, den Bibliotheken und der bildenden Kunst die Theater und Orchester als traditionelle Orte des kulturellen und sozialen Lebens.

Im Zusammenhang mit allen Forderungen und Wünschen dürfen die langfristigen finanziellen Rahmenbedingungen des Landes und der Kommunen nicht ausgeblendet werden. Es bedarf aber auch einer sensiblen Abwägung zwischen strukturellen Einschnitten auf der einen Seite und dem Erhalt

„ Es bedarf einer sensiblen Abwägung zwischen strukturellen Einschnitten und einer zukünftigen Qualität der Bühnen. „

einer zukünftigen Qualität der Bühnen auf der anderen Seite. Der Koalitionsvertrag sieht unter Ziffer 232 vor, dass das Theater- und Orchesterkonzept in einem engen Dialog mit allen Akteuren und Akteurinnen grundlegend zu überarbeiten ist. Im Dezember 2011 und Januar 2012 wurden Gespräche mit Intendanten und Geschäftsführern, Künstlerinnen und Künstlern, Betriebsräten und dem Deutschen Bühnenverein durch das Ministerium aufgenommen. Hierbei ist es wichtig, die aktuelle Lage der Theaterstandorte abzubilden und zukünftige Leitbilder durch konzeptionelle und inhaltliche Ideen zu generieren.

Durch die Landeswahlleiterin ist die Volksinitiative ‚Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern‘ geprüft und zugelassen. Nach dem Volksabstimmungsgesetz müssen die Initiatoren im Ausschuss gehört werden, und der Ausschuss muss dem Landtag eine Beschlussempfehlung vorlegen. Die Anhörung wurde vom Bildungsausschuss auf den 16. Mai festgelegt. Sollte der Antrag per heutigen Beschluss in die Ausschüsse überwiesen werden, erhalten die ausgewählten Anzuhörenden eine Einladung zur Anhörung zu oben genanntem Termin. Die Beschlussempfehlung könnte dann zur Juni-Landtagssitzung vorgelegt werden. Ich bitte Sie um Überweisung in den Bildungs- und den Finanzausschuss.“

Drucksache 6/535

Öffentliche Anhörung

Die Mitglieder des Bildungsausschusses befragten am 16. Mai in öffentlicher Sitzung Sachverständige im Zusammenhang mit der Volksinitiative. Die Sitzung im Plenarsaal des Landtages wurde als Audio-Signal ins Internet übertragen. Interessierte hatten so die Möglichkeit, die Anhörung unmittelbar am Computer mitzuhören.

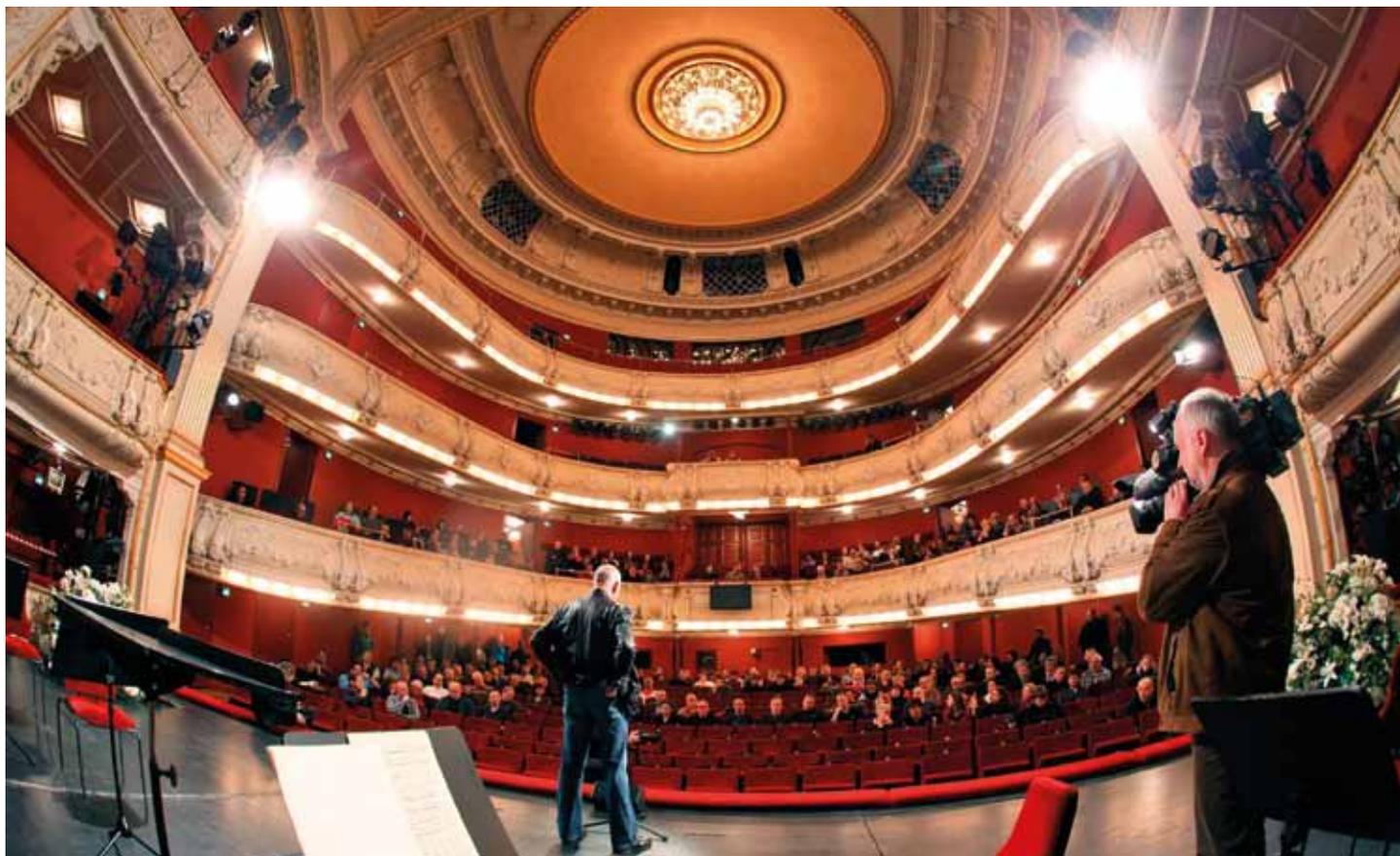


Foto: Jens Büttner

Personalversammlung im Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin

ANTRAG

der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wird aufgefordert, unverzüglich die Rahmenbedingungen für den Erhalt der bestehenden Theater- und Orchesterstrukturen in ihrer Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Dazu gehört insbesondere eine auskömmliche finanzielle Unterstützung durch das Land.

Vertreter der Volksinitiative gemäß § 2 Absatz 4 des Volksabstimmungsgesetzes (VaG M-V):
Anette Uhland, Prof. Dr. Hartmut Möller, Torsten Koplin

Begründung:

Diese Forderung begründet sich aus der existenzbedrohenden Situation der Theater und Orchester. Seit 15 Jahren wurden die Zuweisungen des Landes nicht erhöht. Die Theater und Orchester haben in der Folge massiv Personal abgebaut und unter größten Anstrengungen ihre Einnahmen erhöht. Das „Diskussions- und Eckpunktepapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern 2010 – 2020“ ist gescheitert. Kooperationen und Fusionen von Theatern und Orchestern wurden nicht unter kulturpolitischen und inhaltlich konzeptionellen, sondern ausnahmslos unter finanziellen Gesichtspunkten gefordert und vorangetrieben. Um die bestehenden Theater- und Orchesterstrukturen zu erhalten, ist vor allem eine auskömmliche finanzielle Unterstützung durch das Land unerlässlich. Daneben ist ein zukunftsfähiges Konzept zur Stärkung und Entwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen zu erarbeiten.

Drucksache 6/535

Ensemble-Theater in M-V

- Mecklenburgisches Staatstheater Schwerin mit der Mecklenburgischen Staatskapelle und der Niederdeutschen Bühne
- Volkstheater Rostock mit der Norddeutschen Philharmonie
- Theater- und Orchester GmbH Neubrandenburg/ Neustrelitz mit dem Schauspielhaus Neubrandenburg, der Neubrandenburger Philharmonie, dem Landes-

- theater Neustrelitz und der Deutschen Tanzkompanie Neustrelitz
- Theater Vorpommern GmbH mit Philharmonischem Orchester, mit den Spielstätten Greifswald, Stralsund und Putbus
- Mecklenburgisches Landestheater Parchim
- Vorpommersche Landesbühne Anklam GmbH mit den Spielstätten Theater Anklam, Barther Boddenbühne und Gelbes Theater „Die Blechbüchse“ Zinnowitz

Minister Mathias Brodkorb:

„Der spannende Tag ist die Anhörung im Bildungsausschuss“

Fotos: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum wiederholten Male beschäftigen wir uns jetzt schon innerhalb kürzester Zeit hier im Plenum mit der Zukunft der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern – und dieses Mal auf Initiative von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, die ihr verfassungsmäßiges Recht wahrnehmen, eine Volksinitiative zu starten.“

*(Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Warum? –
Torsten Renz, CDU: Was soll die Frage?)*

Weil sie ihre Rechte wahrnehmen, Frau Berger. So einfach ist die Antwort.

(Torsten Renz, CDU: Das hat er doch gesagt.)

Herr Donig hatte es gesagt, über 50.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich dieser Volksinitiative angeschlossen. Und auch ich, der ich vieles anders sehe als wahrscheinlich die meisten Unterzeichner, muss ganz klar sagen, mir ist es lieber, in einem Land zu leben, in dem es so viele Unterschriften für Theater und Orchester gibt angesichts der derzeitigen Debatte hier in Mecklenburg-Vorpommern, als in einem Land, in dem vielleicht ähnliche Reformbemühungen angestrebt werden, es aber nicht eine entsprechende Reaktion der Bürger gibt. Das wäre, glaube ich, auch wenn man eine andere Meinung hat, der viel, viel problematischere Zustand. Insofern sollten wir uns alle gegenseitig nicht absprechen, trotz der unterschiedlichen Meinungen ein hohes Interesse an Kultur in Mecklenburg-Vorpommern zu haben.

Ich hoffe Ihrerseits auf Verständnis dafür, dass die Debatte, die wir am heutigen Tage führen, jedoch für mich nicht die relevante Debatte ist, auch wenn sie hier im Hohen Hause

stattfindet, denn im Kern sind die Fakten, die wir bisher unter uns ausgetragen haben, bereits ausformuliert. Es gibt dort also nicht viele Unbekannte. Für mich ist der spannende Tag im Rahmen der Befassung mit der Volksinitiative die Anhörung, die es im Bildungsausschuss geben wird.

Diese Anhörung ist bereits terminiert, und Vertreter der Unterzeichner werden die Gelegenheit haben, dann den Abgeordneten konkret ihr Anliegen zu erläutern, das sich hinter dieser Volksinitiative verbirgt, und auch die damit verbundenen Vorschläge. Es werden sehr unterschiedliche Meinungen aufeinanderprallen. Ich habe mir die Liste der Anzuhörenden bereits angesehen – vom Landesrechnungshof bis zur Vertretung beispielsweise der Orchester. Dieser produktive Austausch der unterschiedlichen Meinungen wird spannend und ich erwarte ihn mit großem Interesse, auch wenn ich, wie Sie wissen, nicht die Gelegenheit haben werde, im Ausschuss dazu etwas zu sagen. Das sieht die Geschäftsordnung nicht vor.

Ich möchte es allerdings nicht versäumen, aus meiner Sicht am heutigen Tage ein paar Anmerkungen zu machen, vielleicht auch kritische Nachfragen zu stellen, auch wenn mein Beitrag heute eher kurz ausfällt, weil ich, wie gesagt, [...] gerne die Anhörung [...] abwarten möchte. Dann haben wir ja noch ein zweites Mal im Plenum die Gelegenheit, über diese Volksinitiative zu diskutieren.

„ Die bloße Forderung nach dem Erhalt der bestehenden Strukturen reicht nicht aus. “

Im Kern wird verlangt, ich zitiere, der ‚Erhalt der bestehenden Theater- und Orchesterstrukturen‘. Zitatende. Darauf beschränkt sich die Forderung. Alles soll so bleiben, wie es ist. Alles kann nur bleiben, wie es ist, wenn alles gut ist, wie es ist. Die Frage ist, ob dies stimmt, und mich interessieren vor allem auch Fragen folgender Art:

Ist es denn gut, dass das eine Theater in der Lage ist, 25 Prozent seiner Einnahmen selbst zu erwirtschaften oder jedenfalls deutlich über 20 Prozent, und andere Theater, die ver-



Mitglieder des Theaterchore des Schweriner Theaters verfolgen die Debatte auf der Besuchertribüne im Plenarsaal.

gleichbar groß sind, nur weniger als 10 Prozent? Ist das gut und fachlich oder kulturpolitisch zu rechtfertigen?

Ist es gut oder vielmehr notwendig, dass teilweise zeitgleich oder nahezu zeitgleich in Mecklenburg-Vorpommern ein und dasselbe Theaterstück von verschiedenen Theatern neu inszeniert wird? Muss das sein? Ist das wirklich nötig, oder könnte es nicht auch gelingen, in Mecklenburg-Vorpommern eine solche Zusammenarbeit zwischen den Theatern zu organisieren, dass ein Theater ein solches Stück inszeniert und an anderen Standorten eben aufführt? [..]

Wie gestaltet sich eigentlich in Zukunft die Tarifstruktur in den Theatern? Muss es oder kann es sein, dass ein Orchestermusiker weitaus mehr verdient als ein Tänzer? Muss und kann es sein, dass ein Orchestermusiker, wenn ich mich recht entsinne, im Rahmen seiner Dienstpflicht nicht weiter fährt als 32 Kilometer, um Aushilfen zu organisieren? Sind dies alles Vorgaben, die aufrechterhalten bleiben müssen und wirklich etwas mit der Qualität von Kunst und Kultur zu tun haben? Und könnten wir in einer solchen Strukturdebatte nicht auch einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass die Beschäftigten eines Theaters im Theater selbst etwas anders behandelt werden, dass es durchaus auch für die Gruppen, die bisher nicht so gut dastehen, Verbesserungen gibt und andere vielleicht auf das eine oder andere verzichten müssen in Zukunft im Interesse einer funktionierenden Theater- und Orchesterlandschaft?

Das sind Fragen, nur drei Beispiele, die man beantworten muss aus meiner Sicht, weil eben nicht alles gut ist, wie es ist, weil auch nicht alles so bleiben wird, wie es ist, und weil aus meiner Sicht die bloße Forderung nach dem Erhalt der bestehenden Theater- und Orchesterstrukturen deshalb noch nicht ausreichend ist. Ich gehe aber davon aus, dass sich die Unterzeichner und Unterstützer dieser Volksinitiative deutlich mehr Gedanken gemacht haben, als es jetzt in der Volksinitiative im Text zum Ausdruck kommt. Und deswegen sehe ich mit großem Interesse und großer Spannung den Ausführungen in der Anhörung entgegen und umso mehr der Beschlussempfehlung des Ausschusses für das Hohe Haus. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“



Fast vier Wochen demonstrierten Freunde und Unterstützer des Schweriner Theaters mit einem Zeltcamp vor dem Schloss für ein Theaterkonzept, „mit dem alle leben können“.

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Die Situation ist höchst dramatisch“



Fotos: Cornelius Kettler

„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin sprachlos, Herr Minister Brodtkorb. Sie wollen jetzt Ihre Aufgaben als Fachminister den Initiatoren der Volksinitiative zuschieben. Sie stellen hier Fragen, die Sie als Fachminister, die Ihr Ministerium als Dienstaufsicht und als Fachministerium eigentlich hätte mitbeantworten müssen, in der Vergangenheit und auch jetzt und heute [..]

Es brennt in Mecklenburg-Vorpommern – lichterloh. Die einen wollen heute löschen, das sind die Initiatoren und Initiatorinnen der Volksinitiative, das ist auch meine Fraktion und sind sicherlich auch die Grünen. Es gibt eine andere Fraktion, die möchte noch bis zur Sommerpause löschen, und es gibt die Regierung und die SPD-Fraktion, die übermorgen, irgendwann im Herbst, diese Fragen anpacken wollen, sprich, zum Löscheimer greifen wollen. [..]

„ Die Theater und Orchester brauchen eine zuverlässige Perspektive. „

Die Situation ist also höchst dramatisch. Die Mittelzuweisungen, das wissen wir alle, sind seit 1994 bei 35,8 Millionen stehen geblieben, und Sie, Herr Brodtkorb, erklären in der Öffentlichkeit, dass Sie Ihre Aufgaben lösen wollen, ohne mehr Geld einzusetzen. [..] Das, was Sie hier deutlich machen, beinhaltet doch, dass es zukünftig keine tariflichen Anpassungen geben kann, wenn es denn entsprechende Kostensteigerungen oder Tarifverhandlungen gibt. Das heißt, dass die finanziellen Mehrbelastungen bei den Theatern, Orchestern beziehungsweise bei den sie tragenden Kommunen bleiben. Wie sollen sie denn diese Aufgabe stemmen, wenn sie alleingelassen werden? [..]

Wir alle, meine Damen und Herren, haben hier mehr oder weniger 20 Jahre, über 20 Jahre, in Mecklenburg-Vorpommern an der politischen Entwicklung mitgearbeitet. Es ist radikal Kulturabbau betrieben worden. Alle wissen, dass an den Theatern Personal abgebaut wurde, dass Häuser geschlossen wurden, dass einzelne Sparten geschlossen wurden und dass ganze Orchester abgeschafft wurden. Die Schmerzgrenze – und das drückt ja diese Volksinitiative aus – die Schmerzgrenze ist längst erreicht und zum Teil schon längst überschritten. [...]

Was brauchen die Theater und Orchester heute, morgen und auch übermorgen? Sie brauchen – das wissen Sie aus den Gesprächen, ob nun offiziell oder inoffiziell, doch auch alle, meine Damen und Herren –, sie brauchen eine zuverlässige Perspektive. Sie brauchen eine Perspektive, damit sie auch künstlerische Freiheit ausleben können, und sie brauchen die Vorschläge der Landesregierung, wie denn zukünftig Theater- und Orchesterpolitik aussehen soll und wie die Standorte mit ihrer Qualität gesichert werden können. [...]

Was hat denn die alte neue Landesregierung bisher in den Fragen von Theatern und Orchestern unternommen? Wir kennen alle die Debatte aus der damaligen Legislatur. Im August 2008 hatte das Kabinett, ich darf zitieren, das ‚Diskussions- und Eckpunktepapier der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern 2010 – 2020‘ beschlossen und zur Grundlage für ihr Handeln gemacht. Alle wissen wir, heiße Debatten in Mecklenburg-Vorpommern, aber dieses Konzept ist kläglich gescheitert. [...]

Und, meine Damen und Herren, ich will Sie fragen von der Koalition: Wie halten Sie es denn nun eigentlich mit Ihrem eigenen Koalitionsvertrag? Der Punkt ist schon zitiert worden, dort steht: ‚Die vielfältige Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern (ist) im Kern zu bewahren, fortzuentwickeln und im Rahmen der verfügbaren Mittel langfristig zu sichern.‘ Das mag eine gute Formulierung sein, aber dann sollten Sie sich auch daran halten, dann sollten Sie nicht lange rumlamentieren und diskutieren, sondern sollten nun endlich mal Butter bei die Fische bringen und deutlich sagen, wie Sie diesen Anspruch, den Sie formuliert haben, umsetzen, denn dieser Anspruch, der bedarf keines weiteren Aufschubes, es muss sofort gehandelt werden. [...]

Wir haben vergangene Woche unser Konzept vorgestellt, weil wir uns in der Verpflichtung sehen, nicht nur zu fordern und zu kritisieren, sondern einen eigenen Vorschlag zu machen. [...] Und wir wollen unser Angebot – so ist der Antrag ja auch formuliert –, wir wollen unser Angebot in die Ausschüsse überweisen, damit wir es gemeinsam mit der Volksinitiative dann auch diskutieren können, denn genau um das, was Herr Brodkorb eben formuliert hat, geht es ja: die verschiedenen Sichten, die verschiedenen Vorschläge zu diskutieren und in ein schlüssiges Konzept, welches mit verschiedenen Meinungen und Vorschlägen vor allen Dingen diskutiert wird, auf den Weg zu bringen.



Foto: Jens Büttner

Ungewisse Zukunft für die Theatermitarbeiter in Schwerin

Theater und Orchester sind Orte des kulturellen Gedächtnisses. Sie sind Bestandteil kommunaler, regionaler, überregionaler Identität. Sie leisten ihren Beitrag zur Pflege und Entwicklung der Theater- und Musikkultur. Sie sind Konzentrationspunkte für künstlerische und kulturpolitische Arbeit. Sie sind aber auch Orte der künstlerischen und kulturellen Freiheit. [...] Theater und Orchester sind Wirtschaftsfaktoren. Die Unternehmerschaft schreibt Briefe, macht deutlich Protest gegen die Kürzungspläne der Landesregierung und fordert nicht nur im Zusammenhang mit dem Tourismus den Erhalt der Orchester- und der Theaterlandschaft hier in Mecklenburg-Vorpommern. [...]

Die Linksfraktion, das habe ich deutlich gemacht, hat diese Volksinitiative von Anfang an unterstützt. Sie hat sich dafür starkgemacht und sie möchte, dass natürlich im Landtag diese Volksinitiative verantwortungsvoll behandelt und beraten wird. Und die Anhörung, ja, die ist verabredet, der sehen wir auch mit Spannung entgegen. [...]

Linke legt Theaterkonzept vor

Regierung und Opposition stritten auch am 26. April um den geeigneten Weg zur Sicherung einer vielfältigen Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU erteilten einem von der Linken vorgelegten und von den Grünen unterstützten Konzept ein Absage, das unter anderem auf höhere Landeszuschüsse und die Einführung einer Kulturabgabe je Gäste-Übernachtung setzt. Linke-Fraktionschef Helmut Holter warf den Regierungsparteien Ignoranz vor, da sie das klare Bekenntnis scheuten, die Vorschläge der Opposition in die weiteren Beratungen einfließen zu lassen. In der Debatte kündigte Kultusminister Mathias Brodkorb an, dass nach der umfassenden Datenerhebung an den Bühnen des Landes nun Experten mindestens fünf Modelle für neue Theaterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten sollen. In einem offiziellen Vergabeverfahren würden dafür geeignete Fachleute gesucht. Die Ergebnisse sollen noch 2012 veröffentlicht werden.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/572

Marc Reinhardt, CDU:

„Vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Ich soll jetzt ein bisschen dafür sorgen, dass sich alle wieder etwas beruhigen, nachdem wir alle hier im Saal versammelt sind.

(Heinz Müller, SPD: Wir sind alle völlig ruhig.)

Ich finde aber, das ist auch immer ein kleines emotionales Thema, da dürfen ein paar Emotionen ruhig zur Schau gestellt werden.

Auch ich und wir finden es gut, dass mit der Volksinitiative, je nachdem, wie man zählt – Herr Holter hat es gesagt, mal 51.000, mal sind es nur 48.500 –, sich so viele beteiligt haben und am Ende mit uns ins Gespräch kommen wollen.

Herr Holter, die Kritik am Bildungsminister, dass er sich jetzt darauf freut, dass wir das mit der Anhörung bei uns in den Bildungsausschuss bekommen und dass wir das dann tatsächlich auch noch für das Konzept, was erarbeitet wird, mit in Anspruch nehmen, kann ich nicht verstehen, und die läuft, finde ich, ein wenig ins Leere. Ich finde das schon gut und richtig. Sie kommt somit ja auch zur richtigen Zeit, weil wir kurz davor stehen, das Konzept vorzulegen.

Wir haben im Koalitionsvertrag – auch das haben hier heute schon mehrere gesagt – die Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen bekräftigt. Und, Herr Holter, Sie haben es ja vorgelesen, dass das Ziel der Erhalt einer vielfältiger Theater- und Orchesterlandschaft ist – Sie haben es auch vorgelesen, aber vielleicht nicht so richtig betont –, das Ganze aber im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel. Und das ist, wie ich finde, ein ganz zentraler Punkt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da ging es doch um die Zulässigkeit, das wissen Sie doch.)

Neben allen kulturpolitischen Ansätzen wissen wir alle, was bis 2019 vor diesem Land steht, allein was die Solidarpaktmittel angeht, die fast um 800 Millionen Euro zurückgehen. Und das bedeutet natürlich auch, dass die Mittel im Landeshaushalt und bei den Kommunen zurückgehen. Wir alle wissen, dass die Theaterfinanzierung bei uns ein Vorwegabzug im kommunalen Finanzausgleich ist. Da ist eine Dynamisierung, oder was man auch immer einführen will, die am Ende eines erfolgreichen Konzeptes auch aus unserer Sicht durchaus stehen kann, zumindest aber im kommunalen Finanzausgleich ist sie ein wenig systemfremd. Insofern muss man da auch über andere Möglichkeiten nachdenken.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass auch die Fusionen von Orchestern und Theatern bei der Neuentwicklung oder Weiterentwicklung dieses Konzeptes nicht ausgeschlossen sind. Auch das versuchen wir immer im Blick zu behalten, und auch das muss am Ende eine Rolle spielen. Wir reden zwar morgen über Ihr Konzept, Herr Holter, aber so viel sei dann heute auch gesagt: Einfach zu sagen – und das ist es ja am Ende –, wir geben bis 2020 rund 100 Millionen Euro mehr aus,

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wer hat denn das ausgerechnet?)*

das kann am Ende aus meiner Sicht nicht die Lösung sein, das wäre aus meiner Sicht eine finanzpolitische Irrfahrt, auf die wir mit Ihnen nicht gehen werden. Wir wissen, die finanzielle Situation im Land und auch bei den Kommunen, die ja immerhin Träger der Theater sind und die seit Jahren mit finanziellen Problemen kämpfen, die wird in den nächsten Jahren nicht wesentlich besser werden.

Deshalb haben wir auch gesagt, wir haben diesen Betrag von 35,8 Millionen Euro bis 2020 festgeschrieben.

// Am Ende muss ein Konzept stehen, das ausgewogen ist, das alle Landesteile berücksichtigt. //

Es ist nicht ganz richtig, dass das der einzige Betrag ist. Das will ich zumindest mit Blick auf das Theater und die Orchester in Schwerin sagen. Immerhin, das ist gar nicht so weit bekannt, kriegt das Theater Schwerin 1,2 Millionen Euro jährlich zusätzlich über den Hauptstadtvertrag. Auch das ist eine Förderung, die jedes Jahr ins Theater geht und die dieses Theater schon ein Stück weit besserstellt als die anderen Theater und Orchester im Land, und deshalb will ich das hier auch ganz deutlich sagen. Am Ende muss ein Konzept stehen, das ausgewogen ist, das alle Landesteile, auch Vorpommern, auch Neubrandenburg, Neustrelitz berücksichtigt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr richtig.)

Hier kann es nicht darum gehen, und das muss ich an Ihrem Konzept heute auch schon kritisieren, es ist tatsächlich zu Schwerin-lastig. Das kann es am Ende nicht sein. Gerade im Ostteil haben die Theater und Orchester eine große Vorarbeit geleistet, und die muss bei diesem Konzept auch berücksichtigt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wir haben es gehört, der Minister und auch wir sind im engen Dialog mit Theatern und Orchestern. Dieser wird jetzt demnächst abgeschlossen sein. Sie wissen, meine Fraktion wäre sehr dafür, ein Konzept schon vor der Sommerpause vorzulegen. Wir haben auch immer gesagt, aus unserer Sicht ist bei den Orchestern das meiste Sparpotenzial vorhanden. Wir wollen aber keine Vorfestlegung machen, deshalb freuen wir uns auch auf diese ergebnisoffene Diskussion mit der Volksinitiative im Ausschuss über das Konzept des Ministers. Wir sind da sehr zuversichtlich, dass wir in diesem Jahr eine Lösung hinbekommen, und wir haben auch keine Denkverbote. Ich denke, das soll uns allen doch den Auftrag geben, hier auch ruhig und sachlich miteinander ins Gespräch zu kommen. Das wünsche ich mir morgen bei dem Tagesordnungspunkt, und ich sehe dann der weiteren Debatte ganz hoffnungsvoll entgegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stefan Köster, NPD:

„Bündnis von Wahnsinn, Kitsch und Avantgarde“

Foto: Cornelius Kettler



„[...] Es muss auf jeden Fall sorgfältig geprüft werden, in welchem Umfang das Staatstheater Schwerin und die anderen Bühnen und Orchester in unserem Land nicht unter die Obhut des Landes genommen werden könnten. Aber auch dann [...] müssen selbstverständlich weitere Maßnahmen ergriffen werden, und der NPD-Fraktion geht es nicht nur allein um Sparmaßnahmen, es geht um Grundsätzliches.

Wer Aufführungen aktuell im Programm hat wie das [...] Theaterstück mit dem Titel ‚Fressen Lieben Kotzen‘, [...], darf sich nicht wundern, wenn hinterfragt wird, welcher Unsinn denn alles auf den Bühnen in unserem Land so verzapft wird.

Derartige Inszenierungen können getrost eingespart und gestrichen werden. Aber vielleicht entsprechen solche Titel ja auch Ihrem Niveau und Ihrem Kulturverständnis, und Sie können gar nicht genug von solcher Unkultur unserem Volk vorsetzen,

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Bei Ihnen gibt es „Räuber Hotzenplotz“)*

das sich angewidert vom Theater dann abwendet. Wir müssen dem regelrechten Bündnis von Wahnsinn, Kitsch und Avantgarde entgegentreten, denn viele Inszenierungen sind, [...], nichts anderes als hoch subventionierte Absurditäten. [...]

Der Verfremdung und Verunstaltung von Theaterstücken muss Einhalt geboten werden. Es braucht bei Schiller oder Goethe keine aufwendige sogenannte Aktualisierung, die [...] immer viel Geld kosten wird.

*(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Diese Kunst ist „völlig entartet“)*

[...] Die Künstler an den Bühnen müssen einsehen, dass beliebte Stücke, in historischer Korrektheit aufgeführt, eben das Publikum eher anziehen

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das erfreut das dumpfe Herz.)*

[...] Es ist interessant, dass mit den Störtebeker-Festspielen in Ralswiek Hunderttausende begeisterte Besucher die familientauglichen Aufführungen besuchen.

*(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, ja, hohe Kunst ist das.)*

Das [...] Unternehmen erhält keinerlei staatliche Subvention und leistet enorm viel für den Kulturstand Pommern. [...]

*(Helmut Holter, DIE LINKE:
Vorpommern! Vorpommern!)*

Ausnehmen möchte ich von der Kritik insbesondere die Fritz-Reuter-Bühne. Dort wird eine hervorragende Arbeit und ein unverzichtbarer Beitrag für den Erhalt und die Pflege der niederdeutschen Mundart geleistet. [...]

„ // Viele Inszenierungen sind nichts anderes als hoch subventionierte Absurditäten. // „

Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Gutes Beispiel für Bürgerbeteiligung“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Uns liegt der Antrag einer erfolgreichen Volksinitiative vor, [...] deren Ziel die Stärkung der Kultur in unserem Land ist. An all die, die meinen, Kultur sei ein völlig unwichtiges Nebenthema, richtet der Erfolg der Initiatorinnen und Initiatoren schon einmal eine wichtige Botschaft: Sie liegen falsch. [...]

Das, was Herr Minister Brodkorb an Kritik übt an diesem Antrag, ist jedoch ein entscheidender Vorteil. Er legt sich nämlich nicht auf Dinge fest, die wir [...] nicht erfüllen können. Er ist im Ton wie im Inhalt moderat, und er lässt Raum für mehrere Lösungen, von denen es am Ende idealerweise die beste werden soll.

Also ist dies ein gutes Beispiel dafür, wie Bürgerbeteiligung [...] aussehen könnte.

Das Parlament erhält einen Anstoß, einen Auftrag aus der Mitte der Gesellschaft und darf sich nun unter Mitarbeit von kundigen Fachleuten [...] überlegen, wie dieser Auftrag umgesetzt werden soll. [...]

Was begründete und sinnvolle [...] Volksinitiativen verdient haben, ist eine ernsthafte und unvoreingenommene Behandlung. Nur so können wir zeigen, dass diesem Landtag die Instrumente der Beteiligung und Mitsprache wirklich wichtig sind. Nur so können wir dem verbreiteten Eindruck entgegenwirken, hier finde nur eine Schauveranstaltung statt, und die wichtigen Entscheidungen würden an anderen Orten getroffen. [...]

Diese Initiative spiegelt aber nicht nur Bürgerbeteiligung wider, sie ist [...] ein Hilferuf, denn wer [...] Interesse für die Realität der Theater und Orchester [...] entwickelt [...], weiß, das Geld reicht einfach vorne und hinten nicht. Der Punkt, an dem nicht noch mehr gespart werden kann, ist erreicht. [...]

Wenn wir uns den Text der Volksinitiative genau anschauen, dann spricht überhaupt nichts dafür, ihm nicht zuzustimmen. Wer immer das Ziel verfolgt, die bestehenden Strukturen bei den Theatern und Orchestern zu erhalten, und mehr wird zunächst gar nicht verlangt, kann [...] der Initiative [...] ohne Probleme zustimmen. Probleme haben allenfalls diejenigen, deren Ziel nicht der Erhalt ist, sondern weniger. Wer eine geschrumpfte Theaterlandschaft will, [...], sollte ehrlich sein und genau das auch einmal aussprechen.

„ Was begründete und sinnvolle Volksinitiativen verdient haben, ist eine ernsthafte und unvoreingenommene Behandlung.“

Es spricht nichts dagegen, die Ziele und den Antrag der Volksinitiative zu unterstützen, vielmehr spricht viel dafür. Ich habe keinen Grund anzunehmen, dass die Anhörung am 16. Mai [...] andere Ergebnisse hervorbringen wird. Ich freue mich auf eine vertiefte und vor allem öffentliche Diskussion zum Thema in der Hoffnung, dass alle demokratischen Kräfte [...] sich so davon überzeugen können, die Theater und Orchester stärker als bisher zu unterstützen, und dass wir gemeinsame Wege finden, wie wir das angehen können.“

Anmerkung

Zum Abdruck von Debattenauszügen in den Landtags-Nachrichten müssen die Redner in der Regel ihre Beiträge kürzen. Für den Leser wird durch Auslassungszeichen verdeutlicht, wo Passagen entfallen sind. Außerdem wurde wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. In der Debatte zur Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in M-V“ ergriffen nach Ulrike Berger noch einmal Kultusminister Mathias Brodkorb sowie Jürgen Suhr, Fraktionsvorsitzender der Grünen, das Wort. Wer die Debatte im vollen Wortlaut nachlesen möchte, findet das Wortprotokoll auf der Internetseite des Landtages. www.landtag-mv.de

(Mediathek/Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle)

Vorteile nutzen, Nachteile mildern

Agrarausschuss hat Geflügelhaltungen besichtigt

Alle Tierhaltungsverfahren haben ihre Berechtigung, jede Haltungsart hat Vor-, aber auch Nachteile. Dieses Fazit zogen die Mitglieder des Agrarausschusses nach den Informationsbesuchen in konventionellen Tiermastbetrieben sowie einem ökologisch wirtschaftenden Legehennenbetrieb. Die Vorteile zu nutzen und die Nachteile abzumildern, das müsse das Ziel aller Akteure sein.

Unmittelbar nach dem Osterfest, bei dem traditionell Hühnereier als Symbole des Lebens und des Neubeginns eine bedeutende Rolle spielen, hat der Agrarausschuss mehrere Geflügelhaltungen in den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Rügen und Rostock besucht. Anliegen war es, in Anknüpfung an die Beratungen zum Antibiotika-Einsatz in der Geflügelhaltung (22.11.2011) und die Anhörung des Geflügelwirtschaftsverbandes (26.01.2012) den gewonnenen Informationsstand durch die Betrachtung der Tierhaltung in der Praxis zu ergänzen. Zu diesem Zweck waren jeweils ein konventioneller Betrieb der Hähnchenmast und der Putenmast sowie ein ökologisch wirtschaftender Legehennenbetrieb ausgewählt worden.

Die in den drei besuchten Betrieben vorgefundenen Haltungsbedingungen unterschieden sich wohltuend von dem, was gelegentlich in Filmreportagen als „tierquälerische Massentierhaltung“ gegeißelt wird. Deutlich wurde, dass nicht die Größe des Tierbestandes ausschlaggebend für das Wohlbefinden der Tiere sein muss, sondern dass dem Haltungsmanagement ein hoher Stellenwert zukommt. In dem besuchten Hähnchenmastbetrieb hatten „identische“ Masthähnchen in einem neuen Stall (40.000 Tierplätze) ein um 70 g/Tier höheres Gewicht als in einem Altstall (14.000 Plätze). Die Erfahrung aus dem Besuch des Putenbetriebes: Schon seit mehr als zehn Jahren werden in Deutschland die

Schnäbel nicht mehr kupiert (mechanisch gekürzt). Stattdessen wird der Oberschnabel der Eintagsküken mit einem Laser thermisch behandelt, sodass er nicht mehr weiterwächst. Damit würden eine optimale Futter- und Wasseraufnahme erreicht und Wachstumsdepressionen verhindert. Die Abgeordneten gewannen außerdem den Eindruck, dass – zumindest bei dem Alter der besichtigten Tiere – das Platzangebot großzügig bemessen war.

Der Besuch des Ökobetriebes zeigte, dass „Öko“ nicht unbedingt „klein“ sein muss, sondern – wie die Abgeordneten feststellten – „auch groß gut sein kann“. Immerhin hält der Betrieb „Fürstenhof“ an mehreren Standorten 400.000 Legehennen und liefert 15 Prozent der deutschen Öko-Eier. Ein Wermutstropfen sei jedoch, dass die freilaufenden Hennen oft Beute von Seeadlern, Kolkraben, Füchsen oder „zweibeinigen Dieben“ werden, was den Ertrag schmälere.

Das Fazit dieses ebenso informations- wie erlebnisreichen Tages: alle Haltungsverfahren haben ihre Berechtigung, alle haben Vor- und Nachteile. Es muss das gemeinsame Interesse sein, die Vorteile zu nutzen und die Nachteile abzumildern.

Stärkung der Zentren

Anhörung im Innenausschuss zur Stadt-Umland-Umlage

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Innenausschuss am 19. April eine öffentliche Anhörung u.a. mit den kommunalen Landesverbänden sowie Vertretern der kreisfreien Städte und mehrerer Gemeinden durchgeführt. Themen der Anhörung waren Artikel 1 des Haushaltsbegleitgesetzes, der die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) beinhaltet, sowie die Konsequenzen aus dem Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern zur Stadt-Umland-Umlage.

Das Landesverfassungsgericht hatte am 23. Februar 2012 die Regelung des FAG M-V, nach der Gemeinden im Stadt-Umland-Raum eine Umlage an die Kernstädte zu zahlen hatten, für verfassungswidrig erklärt. Aufgrund dessen ist die für die Jahre 2010 und 2011 bereits erfolgte Zahlung der Stadt-Umland-Umlage rückabzuwickeln.

Der Städte- und Gemeindegtag hat in der Anhörung seine Forderung nach einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen aufrechterhalten und bestärkt. Anerkannt werde aber die zwischenzeitlich positive Entwicklung der Steuereinnahmen, die im Koalitionsvertrag beschlossenen zusätzlichen Zuweisungen sowie der geplante Zukunftsvertrag zwischen dem Land und den kommunalen Verbänden. Dr. Arthur König, Oberbürgermeister der Stadt

Foto: Landtag M-V



Der Agrarausschuss des Landtages informierte sich vor Ort über die Bedingungen in Tierproduktionsbetrieben.

Greifswald, hat darum gebeten, Wege zu finden, um auf die Rückforderung bereits erhaltener Mittel zu verzichten. Die Zentren brauchten das Geld, hätten es in den letzten Jahren für übergemeindliche Aufgaben eingesetzt und darauf vertraut, dass die gesetzliche Regelung Bestand habe, betonte auch der Vertreter der Hansestadt Wismar. Das Innenministerium erklärte, dass man mit den kommunalen Landesverbänden in Verhandlung über die Frage sei, auf welche Weise das Urteil zur Stadt-Umland-Umlage umgesetzt werden könne. Geplant sei, eine Lösung über Sonderbedarfszuweisungen zu finden, sodass sowohl die kreisfreien Städte als auch die Umlandgemeinden keinen Schaden infolge des Gerichtsentscheids beklagen müssten. „Auf der Grundlage des Urteils in Zukunft eine einfache und unbürokratische Lösung zu finden, wird schwierig“, konstatierten bei der anschließenden Beratung die Mitglieder des Ausschusses.

Moderate Fahrpreise bei gutem Leistungsangebot

Anhörung im Energieausschuss zum Nahverkehr

Im Rahmen einer nichtöffentlichen Anhörung hat der Ausschuss mit Vertretern regionaler Verkehrsunternehmen, des Landesfachausschusses ÖPNV sowie der kommunalen Spitzenverbände die Situation des ÖPNV und SPNV in Mecklenburg-Vorpommern erörtert. Dabei standen Fragen zur wirtschaftlichen Lage und zum Investitionsbedarf der Unternehmen, zum Schülerverkehr sowie zu den möglichen Auswirkungen der finanziellen Kürzungen und Streckenstilllegungen durch das Land im Fokus.

Positiv konstatierten die Sachverständigen, dass die vom Land bisher geförderten Investitionen in moderne Fahrzeuge und Infrastrukturen den ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) und SPNV (Schienenpersonennahverkehr) in einen modernen und attraktiven Stand versetzt haben. Insgesamt aber stehe der ÖPNV/SPNV vor dem Problem rückläufiger Zuwendungen, was sich einerseits nachteilig auf das Leistungsangebot auswirke und andererseits zu steigenden Fahrpreisen führe. Gerade eine Leistungsreduzierung bei den Schülerverkehren habe zur Folge, dass es im ländlichen Raum auch zu Einschränkungen für die übrige Bevölkerung komme. Darüber hinaus hätten die Unternehmen mit stetig steigenden Personal- und Energiekosten zu kämpfen, die sich nicht im gleichen Ausmaß auf die Fahrpreise umlegen



Foto: Jens Büttner

ließen. Im Ergebnis halten die Sachverständigen die weitere Förderung des ÖPNV/SPNV durch das Land, aber auch Sparmaßnahmen auf Unternehmensseite sowie die Entwicklung von Alternativkonzepten für notwendig. Voraussetzung sei in diesem Zusammenhang, dass Fördermittel gemäß den Bestimmungen des FAG zweckbestimmt und wie vorgesehen auch in der Breite verwendet würden. Primäres Ziel seien moderate Fahrpreise bei einem guten Leistungsangebot. Dies könne zukünftig unter anderem auch durch eine Ausweitung der Verbundnetze gewährleistet werden.

Tätigkeitsbericht Petitionsausschuss



Der Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses für das Jahr 2011 liegt als Broschüre vor. Das 136-seitige Heft mit dem Titel „Bitten und Beschwerden – Der Petitionsausschuss im Dienste des Bürgers“ kann kostenlos bei der Landtagsverwaltung telefonisch (0385/ 525-2113), per Post und über die Internet-Seite des Landtages bestellt werden.

Einzigartig und authentisch

Kunsthistoriker stellt Gutachten
für Welterbe-Antrag vor

Natürlich ist es außergewöhnlich schön. Ja einzigartig – das prächtige Märchenschloss zu Schwerin. Was als spontanes Kompliment unumstritten ist, bedeutete für den hessischen Kunsthistoriker **Dr. Christian Ottersbach** harte Arbeit. Denn die „Einzigartigkeit“ muss wissenschaftlich nachgewiesen werden, bevor ein Kulturgut in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen werden kann. Von außergewöhnlichem, universellem Wert soll es sein, authentisch und unversehrt. Zehn Unterkriterien sind vorgegeben, von denen der „Bewerber“ idealerweise mehrere erfüllen sollte. Der Kunsthistoriker hat unter diesen Gesichtspunkten im Auftrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern das gesamte Residenzensemble genau unter die Lupe genommen und ein Gutachten erarbeitet, das er am 18. April im voll besetzten Festsaal der Öffentlichkeit vorstellte. Seine Einschätzung wird Grundlage eines Antrages an die Kultusministerkonferenz sein, die letztendlich entscheidet, wer auf die deutsche Bewerberliste gesetzt wird.

Um sein Fazit vorwegzunehmen: „Ich bin zuversichtlich, dass dieses Residenzensemble auf die Vorschlagliste kommt“, sagte er am Ende seines Vortrages. Das Schloss sei der jüngste Residenzbau von Rang in Europa und mit dem Thronsaal einmaliges Zeugnis der Hofkultur, hatte er zuvor begründet. Nahezu vollständig erhalten sei es und „einzigartig eingebettet in den Naturraum“ mit Gärten und Seenlandschaft. Das Schloss erzähle gemeinsam mit Bauwerken im Umfeld Geschichte. Die Geschichte einer Residenz, deren Wurzeln bis ins frühe Mittelalter zurückreichen. Als Slawenburg vor rund 1000 Jahren erstmals erwähnt, dann Herzogtum und bis heute politisches Zentrum im Land.

Blüte- und Hauptbauzeit war das 19. Jahrhundert, als namhafte Baumeister wie Demmler und Willebrand im herzoglichen Auftrag Schloss und Stadt gestalteten. Das Zeitalter von Romantik und Historismus – für das Welterbe der „relevante Zeitabschnitt“, wie der Kunsthistoriker sagt. Zum Ensemble gehören zahlreiche Bauwerke der Stadt, die in enger Beziehung zum Schloss stehen. Dom und Schelfkirche als Grablage der Herzöge zum Beispiel. Auch das Neustädtische Palais, von 1779 bis 1782 nach Plänen des Hofbaumeisters Johann Joachim Busch als Witwensitz für Herzogin Charlotte Sophie errichtet. Und etwa das klassizistische Kollegiengebäude – heute Staatskanzlei und schon immer Regierungs- und Verwaltungssitz. Alles in allem ein „außergewöhnliches und einzigartiges Zeugnis einer kulturellen Tradition“, weist der Wissenschaftler auf ein wichtiges UNESCO-Kriterium hin.

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** zeigte sich auf der Veranstaltung ebenfalls optimistisch. „Was das Schweriner Schloss besonders auszeichnet, ist die über 1000 Jahre andauernde Nutzung dieses Gebäudes als politisches Macht-



zentrum unserer Region“, sagte sie und hob mit Verweis auf das Gutachten hervor, dass es sich bei dem Bauwerk um einen „herausragenden Vertreter des romantischen Historismus in Europa“ handelt. Ein Baustil, der bislang kaum auf der Welterbeliste vertreten sei. Über den jeweiligen Stand des Bewerbungsverfahrens werde die Öffentlichkeit auf dem Laufenden gehalten, versprach sie.

Wie Ministerpräsident **Erwin Sellering** betonte, müsse eine Bewerbungskonzeption entwickelt werden, die eine Nutzung des Residenzensembles zulässt. „Wir wollen, dass der Landtag weiterhin seine Arbeit im Schloss leisten kann, dass es weiterhin die Schlossfestspiele gibt, den Gartensommer, Feste und andere Open-Air-Veranstaltungen. Wir wollen ein lebendiges Kulturerbe“, unterstrich er.

Weltkulturerbe und Lebendigkeit gehören auch nach Auffassung von Schwerins Oberbürgermeisterin **Angelika Gramkow** zusammen. Sie erinnerte daran, dass die hanseatisch geprägten Altstädte von Wismar und Stralsund vor zehn Jahren in die UNESCO-Liste aufgenommen wurden. „Das zeigt doch, dass es geht“, sagte sie. „Das ist ein Ansporn für uns.“



Foto: Cornelius Kettler

Das Residenzensemble Schwerin – einzigartige Kulturlandschaft des romantischen Historismus

Tag der offenen Tür im Landtag am Sonntag, dem 10. Juni

Das Schloss bald UNESCO-Welterbe? Und wie ist der Stand beim geplanten Neubau eines Plenarsaals? Antworten auf diese Fragen geben zwei Experten, die bereits vor wenigen Wochen im Schloss hochinteressante Vorträge zu diesen Themenfeldern gehalten haben:

11.00 Uhr Festsaal

„Residenzensemble Schwerin – Kulturlandschaft des romantischen Historismus“
Vortrag von Dr. Christian Ottersbach, Kunsthistoriker, zur Bewerbung um Aufnahme in die deutsche Welterbe-Vorschlagsliste

15.00 Uhr Festsaal

„Die Folgen des Schlossbrandes. Umbauten nach 1913 und deren Auswirkungen auf die zukünftige Nutzung“
Vortrag von Tilman Joos, Architektenbüro Dannheimer & Joos München, Gewinner des Architektenwettbewerbs zum Neubau eines Plenarsaals

Interessenten sind herzlich eingeladen!



Alles egal – oder hast du die Wahl?

200 Schülerinnen und Schüler
beim Jugendprojekttag im Landtag dabei

„Ich fahre mit einem guten Gefühl nach Hause“, sagt der 15-jährige Tom von der Regionalen Schule „Rudolf Harbig“ in Ribnitz-Damgarten am Ende des Projekttag. „Es war gut, das alles mal zu sehen und zu hören, was andere denken“, fügt er hinzu. Die meisten der Schülerinnen und Schüler, die am 8. Mai im Landtag dabei waren, denken ähnlich, auch wenn sie unterschiedliche Erfahrungen in ihren Gesprächsrunden machten.

„Alles egal – oder hast du die Wahl?“ – so das Motto des Projekttag, zu dem Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider eingeladen hatte.

Beim gemeinsamen Auftakt im Festsaal des Schlosses lernten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Holocaust-Überlebende Batsheva Dagan kennen, die extra für dieses Projekt aus ihrer Heimat Israel nach Schwerin gekommen war. Ein Film erzählte das bewegende Schicksal der 86-Jährigen, die im Anschluss auch für eine Gesprächsrunde zur Verfügung stand.

Batsheva Dagens Überlebens- und Lebensmotto ist: Du hast immer eine Wahl! Du entscheidest, ob du menschlich handelst oder aber Dinge geschehen lässt, die du eigentlich nicht willst! Bei dem Treffen mit den Jugendlichen berichtete sie darüber, dass es sogar in der Hölle von Auschwitz Menschlichkeit gab, Solidarität unter den Häftlingen, die ihr half zu überleben. Sie selbst habe in Auschwitz beschlossen, eine Sprache zu lernen – auch wenn jeder Tag ihr letzter sein konnte. „Es war wichtig für meine Seele, etwas zu tun, was ich selbst gewählt habe“, erklärte sie den Jugendlichen. Es habe ihr dort, wo jeder Tag voller Qualen, Angst und Demütigungen war, geholfen, Mensch zu bleiben. Batsheva

Dagan ermutigte die Schüler, nicht wegzuschauen, wenn anderen Unrecht geschehe, wenn Menschen wegen ihres Aussehens, ihres Glaubens oder ihrer Herkunft ausgegrenzt würden. „Ihr seid meine Hoffnung, dass nicht Hass, sondern Menschlichkeit und Liebe die Zukunft bestimmen“, sagte sie. Du hast die Wahl – diese Lehre aus der Vergangenheit wurde auch bei den anderen Gesprächsrunden in die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen übertragen. Rund um das Thema „Verantwortung für das eigene Handeln“ diskutierten die Schülerinnen und Schüler mit Abgeordneten und weiteren Experten u.a. über Mobbing in der Schule und im Internet, über Ausschreitungen im Fußball, über Rechtsextremismus, die NPD und Neonazis und über Zukunftsperspektiven in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Gruppe beleuchtete bei einem konsumkritischen Stadtrundgang in Schwerin die Frage „Billig oder Öko“, eine weitere setzte das Thema „Du hast eine Wahl“ künstlerisch um.

Wie Tom ist auch Schirmherrin Sylvia Bretschneider mit dem Tag zufrieden. „Wir wollten mit dem Projekt Denkanstöße geben und die vertiefende Beschäftigung mit einzelnen Themen in der Schule oder im Verein anregen“, sagt sie. Dies scheint gelungen zu sein. Zum Thema Mobbing zum Beispiel wurde das Moderatorenteam bereits zu einer Folgeveranstaltung in die Schule eingeladen.



Sylvia Bretschneider
mit der Holocaust-
Überlebenden
Batsheva Dagan

Zeitenwandel

Das Schloss nach der Abdankung des Großherzogs Von der Herzogsresidenz zum Zentrum der Demokratie – zwischen diesen beiden Eckpfeilern liegen viele Facetten der wechselvollen Nutzungsgeschichte des Schweriner Schlosses im 20. Jahrhundert noch weitgehend im Dunkeln. Der Journalist Andreas Frost wird für die Landtagsnachrichten in den Archiven stöbern, Fachleute ausfragen und an dieser Stelle in lockerer Folge über seine „Entdeckungen“ berichten.

Folge 2:

„Regierungsgebäude V“ und Museum

Der Staub, den Großherzog Friedrich Franz IV. im November 1918 mit seiner Abreise nach Dänemark aufgewirbelte, hatte sich noch nicht gelegt, da schmiedete Wolfgang Josephi bereits Pläne für das Schweriner Schloss. Vom Keller bis unters Dach reklamierte er es für sich, denn als Direktor des schräg gegenüber am Alten Garten gelegenen Großherzoglichen Museums brauchte er Platz.

Anfang Dezember 1918 beklagte er die Enge, die dort herrsche, in den unteren Räumen sei es zu nass, Teile der vorgezeichneten Sammlung bereits von „Schimmel und Rost“ befallen. Außerdem müssten nun in der neuen republikanischen Zeit die Sammlungen volkserzieherisch anders präsentiert und um eine vaterländische Abteilung ergänzt werden. Während er gegenüber der bürgerlichen Regierung werbende patriotische Töne anschlug, versuchte er in Briefen an den Großherzog ehrerbietig sein Vorhaben als Rettung des Schlosses vor allzu profaner Nutzung anzupreisen. Wenig später präsentierten Josephi und seine Mitstreiter Pläne, wonach das obere Geschoss des Schlosses mit Oberlichtern als unverzichtbares Merkmal einer modernen Galerie versehen werden sollte, um die Gemälde aus dem Museum dort aufhängen zu können. Im Museum, schlug Josephi großzügig vor, könnte der Landtag seinen Sitz bekommen. (Der tagte dann allerdings bis zu seiner Auflösung 1934 im Theater.) Und natürlich sollte der Museumsdirektor im Schloss wohnen. Sieben Zimmer im Burgsee-Flügel hielt Josephi für angemessen.

Von der Verwirklichung blieben Josephis Träume weit entfernt. Zunächst einmal mussten sich Anfang Januar 1919 einheimische Wachmannschaften revolutionärer Matrosen erwehren, die das Schloss einzunehmen versuchten. Handgranaten und Infanteriegeschosse kamen zum Einsatz, aber das Schloss blieb heil, bis auf die Spur einer einzigen Kugel in einer der Sandsteinsäulen am Portal, wie Oberhofmarschall Cuno von Rantzau erleichtert an den Großherzog in dessen dänisches Exil schrieb.

Bereits vorher hatte die Regierung dem bislang vor allem der Hofgesellschaft vorbehaltenen Schloss den nüchternen, amtsdeutschen Namen „Regierungsgebäude V“ verpasst und zahlreiche Behörden einquartiert, die helfen sollten, Ordnung in die junge Republik zu bekommen. Wo früher im ersten und zweiten Stock die Großherzogin und ihre Kinder wohnten, stempelten nun die Beamten des Siedlungsamts, einem Vorläufer der heutigen Landgesellschaft, und der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte Anträge und Bescheide. Unter dem Niklot-Standbild hatte sich über zwei



Ab 1921 zu besichtigen:
Das Schlafzimmer des Großherzogs

Etagen das Revisions-Department des Finanzministeriums, eine Art Urahn des Landesrechnungshofes, breitgemacht. Auch das Forstamt, der Landesverein zur Bekämpfung der Tuberkulose, das Versicherungsamt und die Landesstelle für Heimkehrer kamen zumindest zeitweilig im Schloss unter – um nur einige zu nennen.

Josephis Museumspläne wurden allerdings nicht nur durch all die Behörden durchkreuzt. Im vierten Stock wohnte vorerst noch Doris Winkelmann, eine ehemalige Garderobenjungfer der Großherzogin. Auch die ehemalige Wäscheaufseherin Marie Klett durfte ihre zwei Zimmer und ihre Küche noch behalten. Fräulein Reincke, Fräulein Weltzien und Fräulein Kaphingst mussten mit kleineren Unterkünften unterm Dach auskommen. Im Erdgeschoss war Frau Träger untergebracht, das „Fräulein vom Amt“ der schlosseigenen Telefonzentrale. An den Feuerböter (Heizer) Friedrich Möller wurden im ersten Stock drei Zimmer, eine Küche, ein Kellerraum und ein Garten auf der Marstallinsel vermietet. Aus Berlin nach Schwerin neu zugezogen, suchte der Oberbauerrat Karl Schadow eine Unterkunft. Sie fand sich zunächst im vierten Stock in der ehemaligen Wohnung des Adjutanten des Großherzogs. Später zog Schadow in die Räume des großherzoglichen Kabinetts im ersten Stock. Obwohl die verschiedenen Behörden intern seine Wohnung immer wieder neu verplanten, zog der ehemalige großherzogliche Kastellan Lamprecht zu Lebzeiten nicht mehr aus seinen Räumen im ersten Stock des Burgseeflügels aus. Als wohl langfristige Mieterin verließ seine Witwe erst 1940 das Schloss.

Dennoch, um zumindest einen Pflock einzuschlagen, eröffnete Josephi bereits am 24. Juli 1921 auf der Beletage das neue Schlossmuseum. Die von „Besserwissern“ – offenbar wegen der fehlenden Oberlichter – schlechtgemachten Lichtverhältnisse rühmte er gar als „geradezu glänzend“. Den Schwerinern war es egal. Sie strömten zu Tausenden in „ihr“ Schloss, um die Prunkräume und die ehemalige Wohnung des Großherzogs zu sehen.

Andreas Frost



(Adressfeld für Abonnenten)



Am 10. Mai stattete der Generalkonsul der Republik Kroatien, Slavko Novokmet, dem Landtag seinen Antrittsbesuch ab. Auch sein Land, erläuterte Novokmet im Gespräch mit der 1. Vizepräsidentin des Landtages Beate Schlupp, stehe wegen des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen, vor allem wegen der Abwanderung junger Menschen. Unter Bezugnahme auf die im Dezember 2011 stattgefundenen kroatischen Parlamentswahlen wies der Generalkonsul auf eine Besonderheit des kroatischen Wahlrechts hin. Bereits vor der Wahl könnten in Kroatien mehrere Parteien sogenannte „Vorwahlkoalitionen“ bilden, die dann bei der Wahl mit einer gemeinsamen Liste um Wählerstimmen werben.



Im Rahmen einer europaweiten Ausstellungstour machte eine große Herde blauer Schafe Station auf der schwimmenden Wiese vor dem Schweriner Schloss. Jenseits aller ethnologischen, religiösen oder kulturellen Unterschiede und mit ihrem ganz speziellen Charme sollen die Blauschafe Denkanstöße geben, auf das Verbindende hinweisen und für friedliches Miteinander und Toleranz werben. Mit dem „Weideplatz“ für die Friedensherde der Kölner Künstlerin Berta-Maria Reetz und des Aktionskünstlers Rainer Bonk reiht sich Schwerin ein in die Vielzahl der Städte, die den blauen Friedensbotschaftern bereits Gastrecht gewährten. www.blauschaefer.de



Unter der Überschrift „Fit für IT?“ lernten sieben Schülerinnen am Girls' Day 2012 den Landtag als Arbeits- und Ausbildungsort für IT-Berufe kennen. Die Acht- und Neuntklässlerinnen aus Crivitz und Neustadt-Glewe absolvierten einen Eignungstest für IT-Berufe, warteten mittels besonderer Software von ihrem Computer aus den Rechner einer anderen Teilnehmerin, gewannen Einblicke in die Arbeit des IT-Referates der Parlamentsverwaltung und trafen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zum Gespräch. Auch mehrere Fraktionen des Landtages hatten am Girls' Day Schülerinnen zu Gast.

Auf Initiative des Demokratiebündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ wurde beim 22. Filmkunstfest in Schwerin erstmals der „Vielfalts-Preis“ verliehen. Die Auszeichnung ging an den Filmregisseur David Whendt für seinen Film „Kriegerin“. Darin wird die Geschichte einer Frau aus dem rechtsextremen Milieu geschildert. Den undotierten Preis überreichte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am Eröffnungabend des Filmkunstfestes.